

Offene Kirche Elisabethen, 25. Geburtstag, 30. April 2019

Meine Damen und Herren,

Lassen Sie mir sagen, wie froh ich heute bin mit euch alle an diesen besonderen Tag, den 25. Geburtstag Ihrer Kirche, teilnehmen zu dürfen und auch die Ehre die es für mich ist in dieser so symbolische Kirche zu sprechen, eine Kirche die gebaut und finanziert wurde als eine „Mahnmahl gegen den Ungeist der Zeit“! Und es ist genau über diesen Ungeist unserer Zeit dem ich zu reden beabsichtige.

Wir sind Zeugen tiefgreifender Veränderungen auf globaler Ebene. Faktoren oder Ereignisse außerhalb unserer Einflussphäre haben, immer häufiger, einen entscheidenden Einfluss auf unser tägliches Leben.

Klimaszenarien reden eine unmissverständliche Sprache:

Die Austrocknung des Amazonas Regenwaldes wirkt sich in der ganzen Welt auf die Natur- und Lebensräume sowie Landwirtschaft aus.

Wenn in Afrika Menschen vermehrt unter Wasserknappheit leiden, werden sie aus trockenen Regionen migrieren. Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln, fruchtbaren Böden und Trinkwasser steigt.

Veränderte Monsune in Asien werden voraussichtlich die Nahrungsmittelproduktion in Indien, Pakistan und Bangladesch beeinträchtigen.

In der Eurozone und in den USA hat die Schuldenkrise gezeigt wie verletzlich die Wirtschaftsstrukturen der Industrieländer sind. Mehrere europäische Länder und die USA haben sich für die Finanzierung ihrer Schulden an Investoren aus Schwellenländern, insbesondere China, gewandt, die weltweit über die grössten Währungsreserven verfügen. So entstehen neue Abhängigkeiten, deren Auswirkungen, unter anderem auf die Geopolitik, heute noch weitgehend unbekannt sind aber die jetzt schon zu bewirken beginnen zum Beispiel mit Donald Trump's Wahl, sein Motto „Americas First“ und mit den Handelskriegen und Sicherheitsdrohungen, die er mit voller Wucht einführt.

In diese Welt bestehen weltweite Ungleichheiten, die nicht ohne globales Handeln gelöst werden können. In absoluten Zahlen ist die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergegangen.

Individualismus und Mobilität haben die politische Landschaft des vergangenen Jahrhunderts stark geprägt, es ist deshalb kein Zufall, dass das Automobil zum Symbol einer Epoche geworden ist. Die politische Agenda des zwanzigsten Jahrhunderts war auf Lösungen und Antworten auf Fragen der Identität und des Anderssein ausgerichtet, auf Fragen der Marktregulierung, der persönlichen und sozialen Verantwortung. Heute stellt sich eine zusätzliche Frage: Wie passt sich die Menschheit an das Ökosystem an und wie wird die Nachhaltigkeit, über die so viel geredet wird, tatsächlich umgesetzt? Diese Frage führt zu einer anderen: Wie kann man Wohlstand, Wachstum, das Bedürfnis nach Sicherheit und das legitime Recht auf eine gerechte Verteilung oder anders gesagt: Wie können wir dafür sorgen, dass die nachhaltige Entwicklung allen zugutekommt?

Eine neue Wirtschaft ersetzt die alte und schafft Gewinner und Verlierer. Die Gewinner, die globalisierten Finanzdienstleistungen, die internationale Konzerne, alle, die in Bereichen tätig sind, die mit Europa und der Welt vernetzt sind. Die Verlierer, migranten, gering qualifizierte Arbeiter, Unternehmen, die auf dem heimischen Markt wirtschaften, öffentliche Verwaltungen, all jene, deren Löhne sinken und die sich vom Ausland bedroht fühlen. Sie versuchen das Phänomen der Globalisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft zu bremsen oder sogar ganz zu stoppen.

Und diese Veränderungen gehen mit einer moralischen Krise einher. Eine Gleichgültigkeit gegenüber der Politik – Leute sagen: wir sind enttäuscht vom Staat und von der Demokratie. Es besteht die Überzeugung, dass die Großen Reden über gute Regierungsführung die wahre Macht, die Macht des Geldes verbergen.

Neopopulistischen Akteure und ihre Parteien haben an politische Macht gewonnen, auch in westlichen Demokratien wie in den USA, Ungarn oder Polen. Da besteht für unsere Demokratien die grösste Gefahr, denn im Inneren. Was da auf dem Spiel steht, ist eine bestimmte Form der Demokratie. Populistische Regime betrachten sich als Vertreter der Macht des Volkes, ein Volk als Ganzes, ein Volk im Allgemeinen. Sie verweigern die Pluralität, wollen unabhängigen Gremien abschaffen und sie betrachten alle Gegenmächte, auch die Presse und die Medien als gefährlich.

Die Türkei rutscht in eine Diktatur ein, Putin's Russland schliesst die Krim an und wird Meister des Spiels in Syrien und in Ostgebieten der Ukraine. Und gleichzeitig wird die Vergangenheit zur Zuflucht. Alte Leidenschaften gelten als eine wesentliche Kraft in den internationalen Machtverhältnissen. In Syrien stirbt man für Ideen, Religion und strategischen Interessen. Peking hat Ansprüche, absolute Souveränität über das gesamte China Meer zu gewinnen, und benutzt dafür Karten, die aus dem XVI. Jahrhundert stammen. Russland argumentiert, die Krim sei vier Jahrhunderten russisch gewesen.

Meine Damen und Herren,

Ich möchte Ihnen heute nicht verhehlen, dass ich auch über die Entwicklung unserer Außenpolitik besorgt bin. Die Schweiz hat sich als praktisch einziges europäisches Land geweigert eine Erklärung des UNO-Menschenrechtsrat zu unterstützen, die Saudi-Arabien scharf verurteilt. Seit der Ermordung des Journalisten Khashoggi im Oktober 2018 und den nachfolgenden internationalen Reaktionen lässt sich nicht wirklich eine klare Linie erkennen. Die Schweiz hat sich in der Generalversammlung der Vereinten Nationen bei der Abstimmung über eine Resolution zur Unterstützung des Vertrags über das Verbot von Atomwaffen der Stimme enthalten und so auf die Seite von Atommächten wie Frankreich, USA und Russland geschlagen. Dann der Streit um die Unterzeichnung des UNO-Migrationspakts, eines nicht verbindlichen Vertrags, an dessen Aushandlung unser Vertreter in New York mitgewirkt hatte, und die Kontroverse bezüglich der Ausfuhr von Schweizer Waffen in Kriegsländer wie Jemen, wobei der Bundesrat nach sehr starkem Druck von Parlament und Öffentlichkeit darauf verzichtete, seine Verordnung zu lockern, und schließlich die glücklicherweise nur theoretische Infragestellung der Rolle des UNWRA, einer Hilfsorganisation zur Unterstützung palästinensischer Flüchtlinge. Die humanitäre Tradition der Schweiz und das Einstehen unseres Landes für die Menschenrechte werden in Bern in Frage gestellt. Die moralische Position der Schweiz, ihre Glaubwürdigkeit und somit ihre Fähigkeit, Einfluss auszuüben, könnte Schaden nehmen, falls sie diesen Weg weiter beschreitet.

Meine Damen und Herren,

Die Menschenrechte stehen im Mittelpunkt unseres politischen Modells und der schweizerischen Rechtsordnung. Demokratische Grundsätze, Rechtsstaat, Nichtdiskriminierung, Geschlechtergleichstellung, friedliches Zusammenleben und Respektierung der Minderheiten sind fest in unserer schweizerischen Tradition verankerte Werte. Die Bundesverfassung von 1999 und unsere internationalen Verpflichtungen, die sich aus der Europäischen Menschenrechtskonvention und UNO-Konventionen ergeben, schützen die Menschenrechte in unserem Land ausdrücklich und erklären die Förderung der Beachtung der Menschenrechte zu einem der Grundpfeiler der schweizerischen Außenpolitik.

Auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen besteht ein Spannungsfeld zwischen den Vorrechten und individuellen Interessen der Staaten einerseits und ihrer internationalen und kollektiven Verantwortung andererseits. Die Staaten sind souverän, organisieren ihr politisches System entsprechend

und entscheiden unabhängig über ihre inneren Angelegenheiten. Mit der Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen und anderer völkerrechtlicher Instrumente verpflichten sie sich jedoch, bestimmte Grundsätze zu beachten, wie beispielsweise den Schutz unserer Umwelt, das Verbot der Anwendung von Gewalt ohne Zustimmung des Sicherheitsrats in den internationalen Beziehungen sowie die Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts. Natürlich laufen ständig Gespräche zwischen den Staaten, um ein gerechtes Gleichgewicht zwischen diesen Grundsätzen und der Wahrnehmung ihrer geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen zu finden.

In den letzten 20 Jahren wurden mit der Schaffung von Mechanismen zur Aburteilung und Bestrafung von Verstößen Große Anstrengungen unternommen: das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte, der Menschenrechtsrat mit seiner universellen periodischen Überprüfung und der zuständigen Gerichtsbarkeiten, der Internationale Strafgerichtshof und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte.

Letztlich müssen wir jedoch leider feststellen, dass das Bestehen einer rechtlichen Verpflichtung nicht unbedingt dazu führt, dass sie immer eingehalten wird. Mehr als 70 Jahre nach der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte am 10. Dezember 1948 bietet die konkrete Verwirklichung dieser Rechte auf der Welt ein uneinheitliches Bild.

Die Beachtung der Menschenrechte wird an mehreren Fronten geschwächt. Dadurch, dass einige westliche Regierungen die grundlegenden Rechte von im Rahmen der Terrorismusbekämpfung verhafteten Personen verletzen, wurde es legitim, ihnen vorzuwerfen, sie würden mit zweierlei Maß messen, und mit dem Finger auf die Verstöße der anderen zu zeigen und gleichzeitig die Rechte der Menschen im eigenen rechtlichen Zuständigkeitsbereich mit Füßen zu treten. Im Jahr 2003 ist das Übereinkommen zum Schutz der Wanderarbeitnehmer in Kraft getreten. Es wurde lediglich von rund 40 Staaten ratifiziert, wobei alle Destinationsländer wie die Schweiz fehlen. Das Ausmaß der von den wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern verfolgten restriktiven Migrationspolitik vertieft den Graben zwischen denen, die von der Globalisierung der Welt profitieren, und denen, die darunter leiden. Diese Länder stellen die Verwirklichung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Rechte in den Vordergrund, während die Garantie der individuellen Rechte in den Hintergrund rückt. Gewisse Kreise stellen schließlich die Universalität der Menschenrechte, der Meinungsäußerungsfreiheit und der Religionsfreiheit in Frage, indem sie das Argument der Diffamierung der Religionen ins Feld führen.

Die staatliche Souveränität ist eines der grundlegenden Konzepte der internationalen Beziehungen und gewinnt heute an Bedeutung. Sie scheint zu einem ultimativen Wert geworden zu sein, der die Diskussionen auf internationaler Ebene beherrscht. Allgemein bedeutet der Begriff Souveränität, dass ein Staat auf seinem Staatsgebiet absolut frei handeln darf. Bestimmte Regierungen nutzten und nutzen diese Möglichkeit jedoch, um ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger zu verfolgen, wobei jede Kritik als Einmischung in die inneren Angelegenheiten wahrgenommen wird.

Das System der kollektiven Sicherheit der Vereinten Nationen bleibt ohnmächtig, wenn es darum geht, humanitäre Krisen sowie Sicherheits- und Umweltkrisen zu verhindern. Die Konsensbildung findet nicht oder nicht mehr auf internationaler Ebene statt. Das universalistische Modell von Demokratie, Schutz der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit wird durch Entwicklungen, deren brutalste Ausdrucksformen der Islamische sind, grundlegend in Frage gestellt. Angesichts der terroristischen Gefahr setzen die Staaten auf das Thema Sicherheit und auf ein Kräftemessen. Der Einbruch der Gewalt in die internationalen Beziehungen und die Ablehnung des westlichen Modells sind in unserem geostrategischen und auf Sicherheit ausgerichteten Bewusstsein angekommen.

Meine Damen und Herren,

Wir haben die entsprechenden Technologien, das Wissen und die finanziellen Mittel, um uns den globalen Herausforderungen zu stellen und um eine nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Aber wer definiert die Art der Risiken und Probleme, denen wir uns gegenüberstehen?

Wer trägt die Verantwortung?

Wie können wir sicherstellen, dass jeder und jede von Verbesserungen profitiert?

Um diese Fragen zu beantworten, ist es unerlässlich eine Diskussion über Normen und Werte zu führen.

Zunächst muss das Problem der globalen Gerechtigkeit gelöst werden. Das bedeutet nicht, dass man den Staaten ihre Fähigkeit zur Selbstbestimmung abspricht. Aber Gerechtigkeit muss inklusiv sein.

Sie ist Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Denn die Fragen der nachhaltigen Entwicklung stellen in der Tat nicht nur eine technische Herausforderung dar, sondern auch und vor allem eine moralische und ethische. Die Globalisierung konfrontiert uns mit Herausforderungen die mit einem globalen Gewissen, mit Umweltgerechtigkeit, mit sozialer Gerechtigkeit, wie etwa Fragen der extremen Armut oder der menschlichen Sicherheit sowie der friedlichen Lösung von Konflikten, zusammenhängen.

Die weltweiten wirtschaftlichen und sozialen Integrationsprozesse würden eine Gerechtigkeit, die auf die nationalen oder regionalen Grenzen beschränkt bleibt, trügerisch erscheinen lassen. Wir müssen uns dafür einsetzen, auf globaler Ebene, institutionelle und politische Arrangements zu finden, die in der Lage sind, die Situation derer zu verbessern die in extremer Armut leben, und garantieren, dass die Ressourcen- und Chancenverteilung die tatsächliche Freiheit der Schwächsten auf nachhaltige Weise maximiert, egal wo sie leben (auf Haiti, in Somalia oder in der Schweiz denn die Schweiz ist auch betroffen : Es leben auch bei uns arme Leuten).

Wir müssen auch Wege finden, um langfristig zu handeln und zu denken, das heißt fähig sein einzugestehen, dass zukünftige Generationen Rechte haben. Es ist unerlässlich unsere Werte zu überdenken, denn alle Herausforderungen denen wir uns gegenübersehen sind interdependent und haben einen gemeinsamen Ursprung. Alle sind global. Das bedeutet, dass ihre Folgen Auswirkungen auf unser tägliches Leben haben, hinsichtlich unserer Sicherheit, Lebensqualität, unseres Reichtums und Wohlstands, und sie wirken sich ebenso auf nachfolgende Generationen und deren Fähigkeit zu überleben aus.

Gerechtigkeit ist mehr als eine moralische, philosophische oder ethische Frage. Gerechtigkeit ist der Grundstein moderner Gesellschaften. Gerechtigkeit, das ist genau was die Offene Kirche Elisabethen anstrebt.

Meine Damen und Herren,

Zu ihrem heutigen 25. Geburtstag gratuliere ich der OKE von Herzen. Ich wünsche ihr weitere 25 Jahre mit Erfolg in ihren drei Arbeitsbereichen Spiritualität, Kulturelles und Soziales. Möge die OKE weiterhin ihren bedürftigen Gästen Gutes tun und ihren zahlenden Gästen Gutes ermöglichen. Der heutige Abend, unter dem Titel "Gerechtigkeit schmeckt", ist ein sehr gutes Beispiel dafür, wie die OKE dies versteht: Ein hervorragendes Essen von einer der besten Köchinnen der Schweiz und ihrem

Team zubereitet, wird Gästen serviert, von denen niemand weiss, ob sie zahlend oder eingeladen sind.

Die OKE nimmt ihr kluges wirtschaftliches und geistliches Vorgehen sowohl aus der Idee ihres Gründungspfarrers Hans-Ruedi Felix, der auch heute hier ist, aber auch ein wenig aus den Persönlichkeiten des Stifterpaares, Christoph und Magaretha Merian-Burckhardt. Die Merian-Burckhardts stammten aus dem Stadtpatriziat von Basel, d.h. sie waren wohlhabend. Sie verstanden ihren Besitz aber immer auch als Auftrag, damit Gutes zu tun. So verbilligten sie einige Mal den Brotpreis, während eines kriegsbedingten Preisanstieges. Die beiden Merian-Burckhardts konnten also Ökonomie und Ethik sehr gut zusammen denken.

Meine Damen und Herren,

Zum Schluss möchte ich mich bedanken bei den beiden Leitenden der OKE, Frank Lorenz und Monika Hungerbühler, die mich heute Abend eingeladen haben. Es war mir eine Freude, hier zu sein, zu Ihnen zu sprechen, und ich werde den weiteren Verlauf des Abends, besonders des köstlichen Essens sehr genießen.

Allen Gästen heute hier wünsche ich einen ebenso gelungenen Abend, wie ich ihn haben werde. Allen Spendern und Sponsoren lege ich die OKE erneut ans Herz: Es ist eine lohnenswerte Sache, die OKE zu unterstützen. Sie tun Gutes und das wiederum tut Ihnen gut. Spenden Sie für diesen Abend und für die verschiedenen Projekte der OKE. Und als Ehrenamtliche, Vorständinnen und Vorstände, Patronatskomiteemitglieder, Euch allen: Stellen Sie Ihre Zeit weiterhin in den Dienst eines so lohnenswerten Projektes, das schon lange zu den festen und guten Institutionen dieser Stadt und dieser Region gehören. Vielen Dank!

Micheline Calmy-Rey, April 2019